

Stellungnahme der SPD - Fraktion zur Gemeinderatssitzung vom 24.07.2018:

Nach der Prüfung durch die Kommunale Entwicklungsgesellschaft (KE) ob das Bischofsschloss für eine Nutzung als Rathaus geeignet ist, wurde die Entscheidung zum Kauf der Schlossgebäude im Gemeinderat mehrheitlich beschlossen. Die Kosten für den Umbau wurden durch die KE auf ca. 11 Mio. Euro geschätzt. Die SPD-Fraktion akzeptierte den Mehrheitsbeschluss des Gemeinderats und wirkte beim Planungswettbewerb mit. Allerdings erklärten wir bereits in einer Stellungnahme von November 2017, dass unsere Schmerzgrenze für die Baukosten bei ca. 18 Mio. Euro liegt. Sollte diese Grenze bei der Kostenberechnung überschritten werden, wäre dies der Grund für eine erneute Grundsatzentscheidung. In der Stellungnahme der SPD zum Neujahrsempfang 2018 wiesen wir ebenso darauf hin, dass bei einer deutlichen Überschreitung der Kosten erneut über die Nutzung des Bischofsschlusses als Rathaus zu entscheiden sei.

Als einzige Option wurde beim Bischofsschloss nur die Nutzung als Rathaus durch die KE geprüft. Eine wirklich fundierte fach- und sachliche Prüfung von Alternativen wurde von der Mehrheit des Gemeinderats nicht gewollt. Es wurde letztendlich bis heute nicht fachkundig geprüft, ob das Schloss für andere Nutzungskonzepte und zu welchen Kosten geeignet wäre.

Die Prüfung am jetzigen Rathausareal durch das Architektenbüro Baldauf zeigten verschiedene Möglichkeiten der Nachnutzungen wie Wohnen, Hotel usw. auf. Der große Wurf für das Areal war übereinstimmend im Gemeinderat nicht dabei. Aus dem Rat kamen Rückmeldungen wie z.B. „Wo ist hier der Attraktor?“, „Ich war schon damals enttäuscht von Vorschlägen.“ und in Punkto Hotel „Refinanzierung mit diesen Objekten nicht vorstellbar.“. Es wurden Untersuchungen angestellt, ein Hotel zu realisieren. Hier ist die Frage offen, wer dieses finanziert, von wem es betrieben wird und wie es sich am Platz des bisherigen Rathauses städtebaulich einfügt. Ebenso kamen dann wieder die Themen Wohnbebauung oder Supermarkt für das Areal ins Spiel. Für die SPD-Fraktion ist die Entscheidung über die weitere Nutzung und Gestaltung des Rathausareals nach wie vor ein offenes Rennen. Vollkommen offen ist die städtebauliche Einpassung an diesem historischen Platz, insbesondere wieweit müssen wir uns von den gestalterischen Grundsätzen für unsere Altstadt gegenüber einem Investor verbiegen. Ebenso offen ist, wo die geplanten 150 Parkplätze zwischen Ravensburger Straße und Weinsteige untergebracht werden sollen um den Marktplatz von parkenden Autos zu befreien. Die weitere Entwicklung am Rathausareal ist für uns ein offener Wechsel für die Zukunft.

Das immer wieder aufkommende Argument, der Rathausumzug ins Bischofsschloss sei „Alternativlos“ ist ein politisches Schlagwort mit der Bedeutung „keine Alternativlösung zulassend, keine andere Möglichkeit bietend, ohne Alternative“. Das Wort „Alternativlos“ wurde von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum deutschen Unwort des Jahres 2010 gekürt. Die Jury befand damals:

„Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe. Behauptungen dieser Art sind 2010 zu oft aufgestellt worden, sie drohen, die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung zu verstärken.“

Die vom Architekturbüro Braunger und Wörtz vorgelegten Planungen für das Rathaus im Bischofsschloss zeichnen sich vorwiegend durch Kompromisslösungen aus, die zu Lasten der Verwaltung und Bürger geht. Ämter sind teilweise über drei Stockwerke im Turm verteilt und die Verwaltungswege werden innerhalb der Schlossanlage länger. Für die Bürger wird ein gutes Leitsystem erforderlich sein, damit sie sich in den drei Gebäuden zurechtfinden. Moderne Arbeitswelt wird es nur im Neubau der Schlossscheuer geben. Im eigentlichen Schloss und Turm hingegen werden moderne Arbeitsstrukturen nicht möglich sein. Hier würden modernisierte Arbeitsplätze in mittelalterliche und barocke Mauern entstehen, die sicher den barocken Gebäudeteilen würdig sind, insbesondere was die Kosten angeht.

Die für öffentliche Gebäude erforderliche Barrierefreiheit, wird es nach der Planung nur in der Schlossscheuer geben. Dies aber auch erst nach Abriss des bisherigen Gebäudeteils. Bürgerinnen und Bürger sowie Mitarbeitende mit entsprechendem Handicap werden den Turm und das Schloss nicht selbstständig erreichen können. Die hier angedachte Umsetzung von Elektrorollstuhlfahrern in einen schmälere Rollstuhl ist der untaugliche Versuch, von der fehlenden Barrierefreiheit im gesamten Bischofsschloss bzw. einem Rathaus im Bischofsschloss abzulenken. Die Behauptung, dass ein Rathaus in allen Gebäudeteilen des Schlosses barrierefrei sei, ist eine irriige Meinung, die auch durch ständige Wiederholung nicht richtiger wird.

Die Rücklagen haben sich von 16 Mio. Euro (2016) auf 25 Mio. Euro in (2017) positiv entwickelt, was sehr erfreulich ist. Diese dienen jedoch nicht nur zur Finanzierung des Projektes Rathaus ins Bischofsschloss. Neben den zu erwartenden erhöhten Umlagen wie Kreis- und Gewerbesteuerumlage müssen auch weitere kostenintensive Projekte wie Grundschulen und Kindergärten in Markdorf und Leimbach, Turnhallen, BZM und Straßen in der nahen Zukunft finanziert werden.

Die Kosten für den Umbau des Bischofsschlosses belaufen sich nach jetzigem Stand der Kostenberechnung auf ca. 18 Mio. Euro. Hierfür werden ca. 55-60 Arbeitsplätze eingerichtet sowie ein Sitzungssaal, Besprechungsräume, Rittersaal und weitere Nebenräume entstehen bzw. hergerichtet. Hinzu kommt der Kaufpreis von ca. 4 Mio. Euro für das Bischofsschloss ohne Rittersaal, abzüglich eines Wertverlustes von ca. 1 Mio. Euro durch den geplanten Abriss der Schlossscheuer. Es kann dahingestellt bleiben, ob bei dem damals ermittelnden Kaufpreis für die Gebäude, die jetzt genannten Kosten für den Sanierungsstau in Höhe von 2,5 Mio. Euro berücksichtigt wurden.

11 Mio. Euro bzw. 14 Mio. Euro wurden vor einiger Zeit für die geplante Rathaussanierung und den Anbau am bisherigen Standort genannt. Fraglich kann bleiben, ob diese Zahlen seriös sind. Der Umbau des technischen Rathauses in Tübingen, welcher 2018 fertiggestellt wurde, ein Altbau aus den fünfziger Jahren, kostete nach Teilabriss mit neuem Anbau, Atrium, Sitzungssaal sowie einer Vielzahl von Besprechungsräumen für insgesamt 220 Arbeitsplätze ca. 21 Mio. Euro. Dieses Beispiel zeigt, dass es auch anders geht.

Die Belebung des Hofes im Bischofsschloss nach dem Umbau als Rathaus bleibt ein Wunschdenken, ist allerdings nicht planbar. Auch der bisherige Hotelbetrieb und die Sommerkonzerte haben dies dauerhaft bisher nicht geschafft. Gespannt darf man aber auf die Auswirkungen sein, die sich mit der Belebung der Altstadt durch die Umbauphase ergeben. Wer für die baulichen Schäden während des Umbaus aufkommt, dürfte dabei klar sein. Nicht abschätzbar sind die zu erwartenden, negativen Entwicklungen der Umsätze der Geschäfte in der Altstadt.

Fazit der SPD-Fraktion:

Kosten, Raumprogramm sowie die überwiegend fehlende Barrierefreiheit, als auch die suboptimale Nutzung als Verwaltungsgebäude, stehen in keinem Verhältnis zu vergleichbaren Rathäusern und der historischen Bedeutung des Bischofsschlosses. Dazu kommt eine vollkommen offene Zukunft, über die städtebauliche Entwicklung im historischen Teil der Stadt.

Die SPD-Fraktion wird daher geschlossen gegen den Umbau des Bischofsschlosses zur Nutzung als Rathaus stimmen.